Information zur Verarbeitung Ihrer Daten durch den Zweckverband zur Wasserversorgung der Wiesentgruppe (Art. 13 und 14 DSGVO)

1. Allgemeines

Mit den folgenden Informationen geben wir Ihnen einen Überblick über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch den Zweckverband zur Wasserversorgung der Wiesentgruppe und Ihre Rechte aus der DSGVO.

2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Verantwortlich für die Verarbeitung der Daten ist:

Zweckverband zur Wasserversorgung der Wiesentgruppe
Vertreten durch Verbandsvorsitzenden Hanngörg Zimmermann
Sachsenmühle 2
91327 Gößweinstein

Telefon: 09242-858
Fax: 09242-7214
Email: info@www-wiesentgruppe.de

3. Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten

Die Datenschutzbeauftragten des Zweckverbands zur Wasserversorgung der Wiesentgruppe erreichen Sie unter:

Fr. Schmitt
KommunalBIT AÖR
Kaiserstr. 30
90763 Fürth
Email: datenschutz@kommunalbit.de
Tel: 0911/ 21 777 0

4. Zweck und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Die erhobenen Daten dienen

- dem Anschluss an die öffentlichen Wasserversorgungsanlagen
- der Versorgung der Anschlussnehmer mit Trinkwasser und der Leistungsabrechnung
- der Erhebung von Benutzungsgebühren, Aufwandsersatz und Verwaltungsgebühren
- dem Abschluss von Verträgen (z.B. Dienstbarkeitsverträge, Bauverträge, Verträge über Leistungserbringung für Dritte (Bauträgerschaft)).
- Vorbereitung von wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren
- Ankündigung von Netzunterhaltungsmaßnahmen

Ihre Daten werden auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DSGVO (Wahrnehmung einer Aufgabe im öffentlichen Interesse) in Verbindung mit Art. 2 und 8 Kommunalabgabengesetz (KAG).

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden weitergegeben an:

- Mitarbeiter der Mitgliedsgemeinden des Zweckverbandes zu Wasserversorgung der Wiesentgruppe, dies sind: Die Stadt Ebermannstadt, der Markt Gößweinstein, der Markt Wiesental, die Gemeinde Ahorntal und die Stadt Pottenstein.
- Grundbuchämter, zum Vollzug von Kauf- und Dienstleistungsverträgen
- Ingenieurbüros, Vermessungsbüros, öffentlich bestellte Sachverständige, Genehmigungsbehörden (Landesdirektion, Landratsämter) zur Durchführung wasserrechtlicher Genehmigungsverfahren
- Nachlassgerichte, falls Erben zu ermitteln sind.
- Auftragsverarbeiter, wie beispielsweise IT-Dienstleister, Telekommunikation, Geldinstitute und Bauunternehmen

6. Dauer der Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten

Im Falle unbefristeter Verträge (Grundstückskaufverträge, Dienstbarkeitsverträge, Herstellungs- und Gebührenbescheide) bleiben Ihre Daten/ ein Teil Ihrer Daten dauerhaft gespeichert.

7. Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu. (Art. 16 DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).
- Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Mit Beschwerden können Sie sich auch an den Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz wenden.

Der Bayerische Landesbeauftragte für Datenschutz
Postfach 22 12 19, 80502 München (Postanschrift)
Wagmüllerstr. 18, 80538 München (Hausanschrift)
Tel: 089/212672-0
Fax: 089/21672-50
Email: poststelle@datenschutz-bayern.de
Internet: www.datenschutz-bayern.de

8. Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Sie sind dazu verpflichtet, Ihre Daten anzugeben. Diese Verpflichtung ergibt sich aus Art. 2, 8 KAG mit §§ 90 ff AO.